

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Aydan Özoğuz, Lars Klingbeil, Martin Dörmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/3897 –**

### **Verbesserung von Medienkompetenz und Medienbildung im Onlinebereich**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Rufe nach mehr Medienkompetenz bzw. mehr Medienbildung werden in Presse und Gesellschaft immer dann laut, wenn es um die Preisgabe von persönlichen Daten in sozialen Netzwerken, um Fälle von Cyber-Mobbing oder um Abo- bzw. Abzockerfällen im Internet geht. Im „FOKUS“ stehen dabei oft Kinder und Jugendliche (und ihre manchmal hilflosen Eltern) oder Seniorinnen und Senioren, die vermeintlich der Gruppe der sogenannten Digital Immigrants angehören. Medienkompetenz ist aber nicht nur die Vermeidung von Gefahren oder Betrügereien, unter Medienkompetenz versteht man gerade auch die Fähigkeit, sich aktiv einzubringen und die Möglichkeiten der Gestaltung und Partizipation – die das Internet so vielfältig bietet – zu nutzen. Ebenso umfasst Medienkompetenz natürlich den kritischen und verantwortungsvollen Umgang mit alten und neuen Medien.

1. Wie definiert die Bundesregierung die Begriffe Medienkompetenz bzw. Medienbildung?

Medienkompetenz umfasst nach Auffassung der Bundesregierung neben dem sachgerechten technischen Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln auch das inhaltliche Verständnis der Angebote, ihre sach- und interessen-gerechte Bewertung sowie die Fähigkeit, selbst in angemessener Form zu interagieren. Der Begriff der Medienkompetenz wird häufig undifferenziert und inflationär in der Öffentlichkeit verwendet. Auch die wissenschaftlichen Fachrichtungen Medienpädagogik und (Medien-)Informatik haben sich mit unterschiedlichen Konzepten zur Medienkompetenz geäußert.

Eine grundlegende Medienbildung umfasst die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit neuen Medien. Medienbildung impliziert aber noch mehr als lediglich Medienkompetenz: Medienbildung ist als ganzheitlicher Ansatz zu verstehen, der alle Aspekte der medialen Gestaltung der Lebens- und Arbeitswelt des Einzelnen einschließt: die technische, ökonomische,

politische, rechtliche und ethische Dimension. Der Einzelne muss in die Lage versetzt werden, die Wechselwirkung zwischen virtueller und materieller Welt und die damit verbundenen Konsequenzen für sein Handeln adäquat berücksichtigen zu können. Er muss situationsabhängig beurteilen können, welchen Lernbedarf er hat und wie er diesen decken kann; er muss aus mannigfaltigen Quellen zielgerichtet selektieren können, Persönlichkeits- und Produktrechte beachten, Wissensprozesse für sich und andere organisieren und realisieren können. Medienbildung beinhaltet damit die Fähigkeit zu einem verantwortungsbewussten und reflektierenden Umgang mit digitalen Medien.

2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine digitale Spaltung der Gesellschaft zwischen den unterschiedlichen Generationen?
3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine digitale Spaltung der Gesellschaft zwischen den Geschlechtern?
4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine digitale Spaltung der Gesellschaft zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten bzw. zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine digitale Spaltung der Gesellschaft zwischen der Bevölkerung in Städten und ländlichen Regionen?  
Welchen Einfluss hat hierbei der unterschiedliche Zugang zu Breitband-Internetverbindungen?
6. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die digitale Spaltung der Gesellschaft zwischen den in den Fragen 2 bis 5 genannten gesellschaftlichen Gruppen zu schließen?

Die Fragen 2 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung teilt die in der Wissenschaft inzwischen weitgehend anerkannte Einschätzung, dass eine Spaltung der Gesellschaft heute weniger im Hinblick auf die Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien an sich, sondern hinsichtlich der Art, wie sie genutzt werden, festzustellen ist: Während die sogenannte Info-Elite, die in der Regel auch über höhere formale Bildungsabschlüsse verfügt, nicht nur Printmedien und elektronische Angebote intensiv für Information, Bildung und Beruf nutzt, konzentriert sich die Nutzung von Onlinediensten durch formal weniger hoch gebildete und an gesellschaftlichen sowie politisch relevanten Themen geringer interessierten Bevölkerungskreise vorrangig auf Spiele, Sport und Unterhaltung. Dabei sind keine großen Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund festzustellen. Migrationshintergrund allein ist daher kein Merkmal der digitalen Spaltung. Alter, Bildungsabschluss und Einkommen wirken in ähnlicher Weise auf die Nutzung wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine erste bundesweite Repräsentativbefragung der ARD-/ZDF-Medienkommission zur Mediennutzung von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund 2007 (ARD-/ZDF-Medienkommission: Migranten und Medien 2007, Juni 2007).

Laut dem aktuellen (N)ONLINER Atlas, herausgegeben von der Initiative D21 und TNS Infratest im Juli 2010, bleibt das über Jahre beobachtete Stadt-Land-Gefälle bei der Internetnutzung grundsätzlich bestehen. Zwischen der größten und der kleinsten Ortsgrößenklasse beträgt der Abstand 9 Prozentpunkte.

Aufgeschlüsselt nach Ortsgrößenklassen ergeben sich laut (N)ONLINER Atlas 2010, S. 19, folgende Onlineranteile an der Bevölkerung (ab 14 Jahren): Orte mit weniger als 5 000 Einwohnern: 65,8 Prozent; Orte mit 5 000 bis 19 999 Einwohnern: 70,4 Prozent; Orte mit 20 000 bis 99 999: 68,5 Prozent; Orte mit 100 000 bis 499 999 Einwohnern: 72,9 Prozent; Orte mit 500 000 Einwohnern und mehr: 74,8 Prozent. Allerdings kann ein deutlicher Fortschritt bei der Überwindung der sogenannten digitalen Spaltung im Zuge der Umsetzung der Breitbandstrategie der Bundesregierung festgestellt werden. Seit dem Start der Breitbandstrategie Anfang 2009 konnten zusätzlich 1,8 Millionen Haushalte im ländlichen Raum mit einem Breitbandzugang von mindestens 1 Mbit/s versorgt werden, was ein Anstieg der Breitbandversorgung von 94 Prozent auf 98,5 Prozent der deutschen Haushalte bedeutet. Die restlichen rund 600 000 noch nicht hinreichend mit einem Breitbandzugang versorgten Haushalte werden voraussichtlich im Laufe des nächsten halben Jahres mit Hilfe der LTE-Technologie und unter Nutzung der im Mai diesen Jahres versteigerten Frequenzen aus der sogenannten Digitalen Dividende versorgt werden. Grundsätzlich flächendeckend verfügbar sind bereits heute Satellitendienste, deren Qualität sich zunehmend verbessert (momentan bis zu einer Übertragungsrate von 4 Mbit/s je Download).

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren mit unterschiedlichen Maßnahmen (dazu wird auf die Antwort zu Frage 20 verwiesen) das Ziel verfolgt, Seniorinnen und Senioren an die neuen Medien und ihre Nutzung heranzuführen und erhöhte Nutzungszahlen zu erreichen. Seither haben sich die Nutzerzahlen bei den sogenannten jungen Alten erheblich erhöht. Immer mehr Seniorinnen und Senioren surfen im Internet. Der von der Initiative D21 in Auftrag gegebene (N)ONLINER Atlas 2010 weist für die Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen mit 5,5 Prozentpunkten die höchsten Zuwachsraten bei der Internetnutzung auf. Dennoch ist festzustellen, dass mit steigendem Alter die Internnutzung, die durchschnittlich bei 72 Prozent liegt, abnimmt. Während die 50- bis 59-Jährigen mit 71,8 Prozent Internetnutzung noch nah beim Durchschnitt liegen, beträgt dieser Wert bei den 60- bis 69-Jährigen 54 Prozent und bei der Altersgruppe 70plus nur noch 23,3 Prozent.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Differenzierung nach dem Geschlecht. Vor allem bei Männern und Frauen über 50 Jahren gibt es einen erheblichen Abstand bei der Internetnutzung. Während bei den 50- bis 59-Jährigen knapp 80 Prozent der Männer online sind, sind es bei den gleichaltrigen Frauen nur 64,6 Prozent. Die größten Nutzungsunterschiede bestehen in den Altersgruppen der 60- bis 69-Jährigen und der 70 Jahre und älteren. Während also bei den über 60-Jährigen immer noch etwa jeder dritte Mann online ist, ist es bei den Frauen nur jede siebte. Hier sind vor allem öffentliche und private Bildungsträger gefordert, mit geeigneten Maßnahmen auch älteren Menschen den Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln zu erleichtern. Als besonders hilfreich haben sich dafür selbst organisierte Projekte und Angebote wie Computerclubs und Internetcafés erwiesen, die älteren Menschen auch über den Schulungszeitpunkt hinaus Hilfestellung und eine soziale Anbindung bieten.

Mit Blick auf das Problem der digitalen Spaltung und die sich verändernden Nutzungsroutinen ist die breit angelegte Förderung der Medienkompetenz insbesondere junger Menschen eine immer dringendere gesellschaftliche und politische Aufgabe, der sich die Bundesregierung mit einer Vielzahl unterschiedlicher Projekte und Maßnahmen annimmt (s. dazu insbesondere die Antwort zu Frage 10). Ferner hat die Initiative D21 im Rahmen des Nationalen Integrationsplanes in der IT-Roadmap „E-Integration“ beste Praxisbeispiele IT-gestützter Integrationsprojekte zusammengetragen und dokumentiert. Dabei werden durch die Einbindung der digitalen Medien neue Wege in der Integrationsarbeit aufgezeigt, etwa bei der Sprachförderung, in der Stadtteilarbeit oder bei der beruflichen Qualifizierung.

7. Welche Erkenntnisse und Schlüsse in Bezug auf Medienkompetenz bzw. Medienbildung zieht das Bundesministerium des Innern aus der Veranstaltungsreihe „Netzdialog“?

Um die Bedürfnisse im Umgang mit dem Internet besser zu verstehen, hat das Bundesministerium des Innern (BMI) im ersten Halbjahr 2010 vier Dialogveranstaltungen zu den Perspektiven deutscher Netzpolitik durchgeführt. Die Dialogveranstaltungen dienten in erster Linie dazu, auf die unterschiedlichen Akteure der Netzpolitik aus Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zuzugehen. Die Veranstaltungen fanden zu den Themen „Datenschutzes und Datensicherheit im Internet“, „Das Internet als Mehrwert erhalten“, „Staatliche Angebote im Internet“ und „Schutz der Bürger und Bekämpfung von Identitätsdiebstahl und sonstiger Kriminalität im Internet“ statt. Die Veranstaltungen wurden auf der Onlineplattform [www.e-konsultation.de/netzpolitik](http://www.e-konsultation.de/netzpolitik) dokumentiert. Auch wenn die Themenschwerpunkte der Veranstaltungen andere waren, hat das Thema Medienkompetenz bei allen vier Veranstaltungen immer wieder eine Rolle gespielt. Auch die anschließende Onlinekonsultation der netzpolitischen Thesen von Bundesminister Dr. Thomas de Maizière hat gezeigt, dass Medienkompetenz als Grundlage für einen bewussten Umgang mit dem Internet angesehen wird. Dies gilt nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Eltern, Lehrer und die öffentliche Verwaltung. Das BMI unterstützt daher ausdrücklich die Aktivitäten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“, die für diesen Bereich eine eigene Projektgruppe eingerichtet hat.

8. Welche Erkenntnisse und Schlüsse zieht das Bundesministerium für Bildung und Forschung aus der in Auftrag gegebenen Studie „Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur“?

Der Bericht „Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur“, den eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingesetzte Expertenkommission zur Medienbildung ausgearbeitet hat, zeigt die Notwendigkeit einer umfassenden Medienbildung auf.

Die grundlegende Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit digitalen Medien ist ein unverzichtbarer Baustein für die Persönlichkeitsentwicklung, die gesellschaftliche Partizipation und die Beschäftigungsfähigkeit jedes Einzelnen. Das BMBF teilt die Auffassung, dass sich nur ein kritischer und kompetenter Nutzer in einer digitalen Welt dauerhaft zurecht finden kann. Es ist daher notwendig, Medienbildung weiterhin als Querschnittsaufgabe in unser Bildungssystem zu integrieren. Hier Orientierung zu vermitteln, ist ein Teil der staatlichen Bildungsförderung.

Intention des BMBF ist es, ein integriertes Konzept der Medienbildung in der Ausbildung zu entwickeln, um dies nachhaltig in der Lern- und Lebenswelt zu verankern. Derzeit wird auf Arbeitsebene diese Initiative weiter in Richtung einer Förderinitiative operationalisiert.

9. Welche Erkenntnisse und Schlüsse zieht das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie aus der „Initiative Internet erfahren“?

Mit der Initiative „Internet erfahren“ möchte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die Zahl der Internetnutzer erhöhen und gleichzeitig die Internet-Kompetenz derjenigen, die schon die ersten Schritte im Internet gemacht haben, erweitern. Auf einer Fachkonferenz am 8. November 2010 im BMWi wurde eine erste Zwischenbilanz der Initiative präsentiert.

Danach hat sich das Konzept der Initiative bewährt, die Angebote in den verschiedenen Programmen der Initiative treffen auf große Nachfrage, einzelne Angebote sind bereits jetzt bis Ende 2011 so gut wie ausgebucht. Weitere fundierte Erkenntnisse erwartet das BMWi von den Ergebnissen der laufenden Evaluierung der Initiative. Die Evaluierung soll im April 2011 abgeschlossen werden.

10. Welche Programme zur Förderung von Medienkompetenz bzw. Medienbildung werden durch die Bundesregierung unterstützt (bitte aufschlüsseln nach Ressorts, Höhe und Laufzeit)?

Die Bundesregierung sieht in der Förderung der Medienkompetenz eine der zentralen Aufgaben der Medien-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik und betreibt eine Vielzahl entsprechender Projekte. Diese Projekte sind in ihren generellen Zielsetzungen und im Einzelnen im „Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung 2008“ unter Abschnitt D Nr. IV.2 ausführlich dargestellt.

Programme im Bereich des BMFSFJ

Initiative „SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen.“

Die Initiative wendet sich insbesondere an Eltern und Erziehende der Dreijährigen bis 13-Jährigen, um mit Informationen und Tipps die erzieherischen Kompetenzen zu stärken. Mit der Förderung der Kindersuchmaschine [www.blindekuh.de](http://www.blindekuh.de) wurde eine deutschsprachige, nicht-kommerzielle Suchmaschine speziell für Kinder geschaffen, die sich als Startseite für das Internet eignet. Sie gewährleistet, dass Kinder nicht auf problematische Seiten im Internet stoßen, sondern kindgerechte Materialien zu eingegebenen Suchbegriffen finden. Dieses Projekt fördert das BMFSFJ seit 2003 mit derzeit jährlich 595 000 Euro.

„jugendschutzaktiv“

Das Internetportal wurde im Juni 2009 eingerichtet und informiert sowohl Gewerbetreibende und Veranstalter als auch Eltern und Erziehende sowie alle Interessierten über die gesetzlichen Bestimmungen zum Jugendschutzgesetz. Das Projekt wird derzeit mit jährlich rund 25 000 Euro gefördert.

„Jugend Online“

Das medienpädagogische Projekt fördert die Medienerziehung insbesondere der Jugendlichen, die bislang die partizipativen Möglichkeiten des Internets nicht ausschöpfen. Mit dem Jugendportal [www.netzcheckers.de](http://www.netzcheckers.de) können junge Menschen unabhängig von ihrem Bildungshintergrund Kompetenzen im Umgang mit den aktiven Möglichkeiten des Mediums Internet erwerben und mit Hilfe niedrigschwelliger Elemente erproben. Ergänzt wird das Onlineangebot von „netzcheckers.de“ durch einen medienpädagogischen Service und Qualifikationsmaßnahmen für Fachkräfte in der Jugendarbeit. Während der Projektlaufzeit von Juli 2008 bis Juni 2011 wird „Jugend Online“ vom Bund mit insgesamt rund 2 Mio. Euro gefördert.

Darüber hinaus führt das Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland (KJF) im Auftrag des BMFSFJ bundesweite Kreativwettbewerbe durch, veröffentlicht Filmempfehlungen und Filmeditionen und entwickelt Konzepte und Angebote zur Vermittlung von Medienkompetenz. Diese Angebote werden laufend überprüft und hinsichtlich ihres pädagogischen Bedarfs, ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz sowie technischer Perspektiven und wissenschaftlicher Erkenntnisse erweitert. Hervorzuheben sind insbesondere der Deutsche Jugendvideopreis, der Deutsche Jugendfotopreis, der Wettbewerb Video der Generationen. Im Sinne einer Empfehlungsarbeit hat das KJF mit Unterstützung der



Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. kürzlich „Kinderfilmwelt“, ein Filmportal für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren gestartet. Die vielfältigen Aktivitäten des KJF sind unter [www.kjf.de](http://www.kjf.de) ersichtlich.

Im Übrigen wird zu dieser Frage auf die Antwort zu Frage 20 verwiesen.

Programme im Bereich des BMFSFJ und des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Initiative „Ein Netz für Kinder“

Damit Kinder Medienkompetenz erwerben können, ist eine hinreichende Auswahl altersgerechter, interessanter und qualitativ hochwertiger Angebote erforderlich, die Kinder begreifen und die für sie interessant sind. Die Bundesregierung hat dazu im November 2007 die Initiative „Ein Netz für Kinder“ gestartet, die sich seitdem äußerst erfolgreich entwickelt hat. Ihr Fortbestand und deren Weiterentwicklung sind Gegenstand des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP.

Die Initiative besteht aus zwei Säulen: Die erste Säule ist der von namhaften Unternehmen der Multimediabranche finanzierte Surfraum „fragFINN.de“, in dem Kinder gefahrlos surfen und den sinnvollen Einsatz von Suchmaschinen erlernen können. Dies gelingt über die sogenannte Whitelist, die Kinder über die Suchfunktion auf der Internetseite [www.fragFINN.de](http://www.fragFINN.de) durchsuchen können.

Grundlage für den Surfraum [fragFINN.de](http://www.fragFINN.de) ist eine täglich steigende Auswahl von für Kinder unbedenklichen und gleichwohl interessanten Angeboten. Zurzeit besteht der Surfraum aus rd. 9 000 Domains mit über 30 Millionen Dokumenten. Die Eltern und Lehrer können den Surfraum ihrer Kinder mit Hilfe einer Kinderschutzsoftware, die kostenlos zum Download bereitsteht, auf die geprüften Seiten begrenzen.

Die zweite Säule ist das Förderprogramm, durch das innovative, qualitativ hochwertige Internetangebote für Kinder finanziell gefördert werden. Für die seit 2008 bestehende Förderung stellt der Beauftragte der BKM jährlich 1 Mio. Euro und das BMFSFJ jährlich 500 000 Euro zur Verfügung. Mit der Förderung sollen Anzahl, Qualität und Auffindbarkeit guter Kinderangebote erhöht werden. Denn trotz der großen Anzahl von Domains im Surfraum [fragFINN](http://www.fragFINN.de) und im Internet insgesamt gibt es nicht genügend vergleichbare Angebote für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren. Die bisher sichtbaren Ergebnisse der Förderung belegen den Erfolg der Initiative. Eine mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis besetzte und sehr engagiert arbeitende Vergabekommission hat in den ersten 36 Monaten 51 neue Internetangebote mit einem Projektvolumen von 7,85 Mio. Euro ausgewählt, die mit ca. 3,76 Mio. Euro gefördert werden.

Das Themenspektrum der geförderten Angebote ist sehr breit gefächert mit Schwerpunkten auf kulturellen, gesellschaftspolitischen und naturwissenschaftlichen Projekten sowie Angeboten mit einem starken Mitmachcharakter.

Da der Wunsch von Kindern nach einem Austausch mit anderen im Netz sehr groß ist, bildet die Förderung von Seiten mit einer Chatmöglichkeit einen der Schwerpunkte der Förderung. In den von Medienpädagogen moderierten Chats können Kinder das richtige Verhalten in sozialen Netzwerken in einem geschützten Umfeld erlernen. Damit Kinder mit Benachteiligungen an den neuen Seiten teilhaben können, werden die Seiten so weit wie möglich barrierearm gestaltet. Detailinformationen über die Initiative stehen im Internet unter [www.ein-netz-fuer-kinder.de](http://www.ein-netz-fuer-kinder.de) zur Verfügung.

#### Programme im Bereich des BMWi

##### Initiative „Internet erfahren“

Für den Zeitraum Dezember 2008 bis November 2011 sind insgesamt 4,4 Mio. Euro eingestellt.

#### Programme im Bereich des BMBF

##### Projekt zur Medienqualifizierung von 30 000 Erzieherinnen und Erziehern

Für den Zeitraum 09/2008 bis 03/2011 sind insgesamt 12,5 Mio. Euro (einschließlich ESF-Mittel) eingestellt.

##### „BIBER – Netzwerk frühkindliche Bildung“

Im Rahmen des Projektes wird ein Netzwerk für die frühkindliche Bildung aufgebaut, erprobt und evaluiert. Aktuell bewilligt sind rd. 3,9 Mio. Euro für den Zeitraum 01/2007 bis 12/2012.

Darüber hinaus wird Medienbildung indirekt auch in anderen Projekten im Bereich „Neue Medien in der Bildung“ unterstützt.

#### Programme im Bereich des BKM

##### „Deutscher Computerspielpreis“

Um im Bereich der digitalen Spiele positive, also qualitativ wertvolle und der Entwicklung junger Menschen förderliche Angebote zu unterstützen, hat der BKM den Deutschen Computerspielpreis ins Leben gerufen, der seit 2008 jährlich in verschiedenen Kategorien verliehen wird. Die Laufzeit ist nicht begrenzt; Unterstützung durch BKM bis zu 300 000 Euro/Jahr.

##### „Nationale Initiative Printmedien – Zeitungen und Zeitschriften in der Demokratie“

Die im April 2008 gegründete Nationale Initiative Printmedien ist ein bundesweites Netzwerk, unter dessen Dach die beteiligten Akteure gemeinsam das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Aufgabe fördern, junge Menschen an den mündigen Umfang mit Zeitungen und Zeitschriften heranzuführen, den Themenkreis „Jugend, Printmedien und Demokratie“ genauer zu analysieren und an die Öffentlichkeit zu bringen. Zu den Initiativpartnern gehören neben dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien als Koordinator der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), der Verband Deutscher Lokalzeitungen (VDL), der Bundesverband Presse-Grosso, der Deutsche Presserat, der Verband Jugendpresse Deutschland (JPD), die Stiftung Presse-Grosso, der Deutsche Journalistenverband (DJV), die Deutsche Journalistenunion/ver.di (dju in verdi), die Stiftung Lesen und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die Laufzeit ist nicht begrenzt; Unterstützung durch BKM bis zu 30 000 Euro/Jahr. Detailinformationen über die Initiative stehen im Internet unter [www.nationale-initiative-printmedien.de](http://www.nationale-initiative-printmedien.de) zur Verfügung.

##### „Vision Kino“

Die von der Bundesregierung mitinitiierte und über den BKM geförderte Gesellschaft „Vision Kino gGmbH – Netzwerk für Film- und Medienkompetenz“ unter Schirmherrschaft von Bundespräsident Christian Wulff hat die Förderung des Verständnisses für und die Kenntnis über das Medium Kinofilm und den Erlebnisort Kino zum Ziel. Die Einrichtung unterstützt und koordiniert bundesweit Initiativen und Institutionen im Bereich Kino und Schule sowie der außerschulischen Filmarbeit mit engagierten Kinobetreibern und Filmverleihern.

Als größtes bundesweites Projekt zur Filmbildung veranstaltet Vision Kino die SchulKinoWochen. Im Schuljahr 2009/2010 besuchten insgesamt 590 000 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte aus allen Bundesländern Kinovorstellungen in 775 Filmtheatern. Vision Kino erhält eine Förderung des BKM von jährlich 575 000 Euro. Weiterer Hauptzuwendungsgeber ist die Filmförderungsanstalt mit 540 000 Euro (2011). Die Förderung ist unbefristet.

11. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Medienkompetenzförderung in den Bundesländern vor (bitte aufschlüsseln nach Bundesländern, Projektansatz, Förderhöhe und Laufzeit)?

Die Förderung von Medienkompetenz in der Region ist eine Angelegenheit der Länder. Der Bundesregierung ist bekannt, dass die Länder eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen und Programme betreiben. Detaillierte Informationen über die einzelnen Aktivitäten liegen der Bundesregierung nicht vor.

12. Gibt es im Vergleich zur vorherigen Bundesregierung eine Verschiebung der Prioritäten in den geförderten Programmen des Bundes, und wenn ja, warum?

Im Geschäftsbereich der Bundesregierung wurde keine Verschiebung der Prioritäten vorgenommen.

13. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Vermittlung von Medienkompetenz bzw. -bildung im Schulunterricht zu verbessern, und inwieweit wird sie die Länder hierbei unterstützen?

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat 2010 eine Initiative mit dem Ziel gestartet, die Vermittlung von Alltagskompetenzen, u. a. im Umgang mit neuen Medien zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bundesregierung begonnen, zusammen mit den Ländern ein Netzwerk für eine verstärkte Vermittlung von Verbraucherkompetenzen in Schulen zu knüpfen. Darüber hinaus sollen Lehrkräfte einen besseren Zugang zu praxistauglichen Hilfen für den Unterricht über einen Online-Kompass zu Verbraucherbildungsthemen erhalten. Dieser wird derzeit im Rahmen eines Projektes vom Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) entwickelt. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 10 und 20 verwiesen.

14. Spricht sich die Bundesregierung dafür aus, die Lehrpläne an Schulen bezüglich der Medienkompetenz zu vereinheitlichen (vgl. zur unterschiedlichen Ausgestaltung der Lehrpläne in den einzelnen Bundesländern die Studie der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein „Medienbildung – (k)ein Unterrichtsfach?“), und wenn nein, warum nicht?

Die Zuständigkeit für Schulen obliegt in Deutschland ausschließlich den Bundesländern, die demzufolge auch für die Ausgestaltung der Lehrpläne an Schulen verantwortlich sind.

15. Spricht sich die Bundesregierung für ein eigenes Unterrichtsfach Medienkompetenz/-bildung aus?

Auch hier liegt die Entscheidungskompetenz ausschließlich bei den Bundesländern. Die Vermittlung von Medienbildung ist jedoch als eine fachübergrei-



fende Schlüsselkompetenz zu sehen, die nicht auf ein singuläres Unterrichtsfach fokussiert sondern in alle Unterrichtsfächer implementiert werden sollte. Sie muss integrativ innerhalb der einzelnen Disziplinen und nicht als gesonderter Schulfach vermittelt werden.

Mit einer solchen umfassenden Medienbildung ließe sich nicht nur die Urteilsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern hinsichtlich digitaler Medien sondern auch Interesse und Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Innovationen wecken. Ein eigenes Unterrichtsfach „Medienkompetenz/-bildung“ wird daher nicht angestrebt.

16. Spricht sich die Bundesregierung für eine Art bundesweiten „Medienführerschein“ mit einheitlichen Lernzielen aus?

- a) Wenn ja, in welcher Altersstufe?
- b) Wenn ja, mit welchen Inhalten?

Im deutschsprachigen Internet gibt es bereits zahlreiche Angebote im Sinne eines „Medienführer Scheins“. Folgende Beispiele seien genannt:

- Bei der Internet-Rallye für Kinder von Klick-Tipps.net [www.klick-tipps.net/klick-quiz](http://www.klick-tipps.net/klick-quiz) (u. a. [jugendschutz.net](http://jugendschutz.net)) lernen Kinder spielerisch gute Kinderseiten kennen und beschäftigen sich gleichzeitig mit den für Kinder besonders beliebten medienpädagogischen Themen Surfen, Chatten und Spielen im Netz.
- Der Online-Selbsttest von Schau-Hin! [www.schau-hin.info/sh-medienpass.html](http://www.schau-hin.info/sh-medienpass.html) (u. a. BMFSFJ) für Eltern oder Eltern und ihre Kinder soll mehr Sicherheit im Umgang mit elektronischen Medien geben. Themenschwerpunkte sind Fernsehen, Internet, Handy und Spiele.
- Die Missionen der Internauten [www.internauten.de/mission/Seiten/Startseite.aspx](http://www.internauten.de/mission/Seiten/Startseite.aspx) (u. a. FSM) behandeln sehr viele medienpädagogische Themen, u. a. Web 2.0, Werbung und Gefahren im Netz.
- Der Surfschein des Internet-ABCs [www.internet-abc.de/kinder/dir/112093-140585-1-surfschein\\_opt0510/index.html](http://www.internet-abc.de/kinder/dir/112093-140585-1-surfschein_opt0510/index.html) (u. a. Schirmherrschaft: Deutsche UNESCO-Kommission e. V.) umfasst die Themen Surfen und Internet, Multimedia, Kommunikation und Gefahren.
- Im Rahmen der Initiative „Ein Netz für Kinder“ (siehe Antwort zu Frage Nr. 10) wird u. a. in der Internautenschule von Kidsville [www.kidsville.de/internautenstation](http://www.kidsville.de/internautenstation) das Thema Surfen im Internet mit praktischen Tipps in verschiedenen Kursen erklärt.
- Der Medienführerschein Bayern [www.medienfuehrerschein.bayern.de](http://www.medienfuehrerschein.bayern.de) entwickelt verschiedene Module für pädagogische Fachkräfte, um die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu stärken. Themen sind Nachrichten, Fernsehen, Kommunizieren, Computerspiele und erste Schritte im Netz.

Mithilfe dieser Angebote können Kinder behutsam an eine kompetente Nutzung des Internets herangeführt werden. Hierbei gilt es, altersgemäße, pädagogische Formen zu entwickeln, die sowohl Chancen als auch Risiken berücksichtigen sowie Eltern und pädagogische Bezugspersonen mit einbeziehen. Die Bundesregierung setzt hierbei auf ein vielfältiges Angebot.

17. Inwieweit sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Lehrerinnen- und Lehreraus- und -weiterbildung im Bereich Onlinemedien weiterzuentwickeln, und welche Maßnahmen müssten hierfür ergriffen werden?
18. Inwieweit sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Medienkompetenzförderung sowie die Förderung medienpädagogischer Kompetenzen in die Lehreraus- und -weiterbildung zu integrieren?

Die Fragen 17 und 18 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Als wichtiger Bestandteil der Professionalität ist den medienpädagogischen Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern ein hoher Stellenwert zuzumessen.

Die Modellierung, Beschreibung und Analyse von Medienkompetenz im Hinblick auf die Verbesserung der Qualität und Effektivität von Unterricht wurde explizit als Gegenstand der Förderung in den Richtlinien zum Schwerpunkt „Entwicklung von Professionalität des pädagogischen Personals in Bildungseinrichtungen“ im Rahmenprogramm des BMBF zur Förderung der empirischen Bildungsforschung aufgenommen.

Unter anderem durch den Ausbau und die Stärkung der Bildungsforschung trägt die Bundesregierung dazu bei, Konzepte und Instrumente der Förderung von Medienkompetenz weiter zu entwickeln. Die konkrete Ausgestaltung der Lehreraus- und -weiterbildung, die auch die Förderung von Medienkompetenz umfasst, wird durch die Länder geregelt.

19. Welche Grenzen sieht die Bundesregierung bei der Vermittlung von Medienkompetenz, und welche darüber hinausgehende Möglichkeit sieht die Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen?

Kinder und Jugendliche sind heute ganz selbstverständlich im Internet zuhause. Im Umgang mit dem Internet erwerben sie wichtige Schlüsselkompetenzen im digitalen Bereich, die sie für die Teilhabe in unserer Mediengesellschaft dringend benötigen. Allerdings gibt es im Netz auch Gefahren. Ohne ausreichende Medienkompetenz legen viele Kinder und Jugendliche im Umgang mit den eigenen, zum Teil sehr persönlichen Informationen ein gewisses Maß an Unbekümmertheit an den Tag, deren Folgen sie nicht selten erst dann spüren, wenn sie mit unerwünschter Kommunikation konfrontiert sind.

Neben der Stärkung der Medienkompetenz geht es bei dem Schutz von Kindern und Jugendlichen auch um Kontrolle und Filter sowie um konkrete Hilfsangebote. Das Internet muss zu einem Medium weiterentwickelt werden, das altersangemessene Angebote bereithält und Kindern und Jugendlichen ein unbeeinträchtigt surfen und Kommunizieren ermöglicht. Das ist eine Frage der Verantwortung gegenüber Kindern und Jugendlichen, die gesamtgesellschaftlich zu tragen ist.

Es ist dennoch primär Aufgabe der Eltern, ihre Kinder zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Medien zu erziehen und über Gefahren im Netz aufzuklären. Auch die Kinder und Jugendlichen selbst müssen bestimmte Grundregeln beachten. Mobbing und Cyberbullying sind Beispiele ernster Verletzungen, die nicht hinnehmbar sind. Hier setzt die Bundesregierung mit Angeboten für Kinder und Eltern an, denn die Förderung der Medienkompetenz und die Vermittlung von Medienerziehungskompetenz an Eltern und pädagogische Fachkräfte ist eine zentrale Voraussetzung eines effektiven Jugendmedienschutzes (Antwort zu Frage 10). Sie ergänzt die bestehenden Regelungen zum Jugendschutz und die Maßnahmen der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK), der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF), der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e. V. (FSM) und der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK).

20. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den Verbraucherschutz und die Medienkompetenz insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche oder bei Seniorinnen und Senioren bei der Nutzung des Internet und der sozialen Netzwerke zu stärken?

#### Maßnahmen aus dem Bereich des BMFSFJ

Die Bedeutung von Medien, insbesondere von elektronischen Medien wie Internet und Computerspiele hat rapide zugenommen. Neue Medien bieten für alle Nutzer große Chancen – eine Vielzahl von Möglichkeiten der Information und der Kommunikation. Sie bergen aber auch Gefahren, vor denen Kinder und Jugendliche ganz besonders zu schützen sind. Den sichersten Schutz bietet ein verantwortungsvoller Umgang mit den Medien. Kinder und Jugendliche müssen diesen erst lernen, aber auch Eltern und Erziehende brauchen Medienkompetenzen, denn sie sind wichtige Vorbilder.

Das BMFSFJ hat eine Vielzahl von Projekten auf den Weg gebracht, um Medienkompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Eltern zu stärken. Viele der Projekte wurden speziell für Jugendliche oder speziell für jüngere Kinder entwickelt:

#### „Blinde Kuh“

Das seit Dezember 2002 geförderte Internet-Angebot für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren bildet eine Anlaufstelle und Orientierungshilfe. Die „Blinde Kuh“ ist Zugangsportale, Suchmaschine, interaktive Homepage und Ratgeber. Das Angebot eröffnet Kindern die Welt des Internets, holt sie aber zugleich im Positiv-Angebot der kindgerechten Seiten ab und bildet damit vertrauensvolle Haltepunkte für Kinder im Netz. Es wird daher auch von vielen Schulen, insbesondere Grundschulen, als Zugangsportale eingerichtet.

#### „MB 21 – mediale Bildwelten“

Bei dem deutschen Multimediawettbewerb für Kinder und Jugendliche bis 21 Jahre werden herausragende bundesweite Leistungen von Jugendlichen bei der kreativen Produktion neuer Medieninhalte gewürdigt.

#### „Ohrenblick mal!“

Der Handyclipwettbewerb prämiiert jährlich innovative Beiträge Jugendlicher zur multimedialen Mediennutzung. Ziel des Wettbewerbs ist es, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Welt aus der ungewöhnlichen Perspektive des Handydisplays zu zeigen und sich dabei den kreativen Potenzialen ihres multimedialen Geräts zu nähern.

#### Studie „Medien und Gewalt; Befunde der Forschung 2004 bis 2009“

Mögliche schädliche Konsequenzen sogenannter gewaltbeherrschter Computerspiele und von Gewaltdarstellungen in anderen Medien werden in der Öffentlichkeit insbesondere nach Amokläufen wie denen von Littleton, USA (1999), Erfurt (2002), Emsdetten (2006) oder Winnenden (2009) kontrovers und oft sehr emotional diskutiert. Die Studie „Medien und Gewalt“ stellt dieser Debatte eine sachliche Betrachtung und differenzierte Beurteilung der aktuellen wissenschaftlichen Befunde gegenüber. Prof. Dr. Michael Kunczik (Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Publizistik) und Dr. Astrid Zipfel (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Sozialwissenschaften) haben hierfür eine systematische interdisziplinäre Forschungsbilanz der Jahre 2004 bis 2009 vorgenommen. Die Forschungsbilanz beschäftigt sich mit den Ursachen für die Attraktivität gewalthaltiger Medien und mit den Mechanismen, durch die mögliche Wirkungen zustande kommen. Ausführlich wird der Frage nachgegangen, welche konkreten Charakteristika von Gewaltdarstellungen bzw. welche Eigen-

schaften und Erfahrungen des Rezipienten das Wirkungsrisiko erhöhen bzw. verringern können.

Darüber hinaus stellt das Ministerium Informationsmaterial in Form von Broschüren und Handreichungen zur Verfügung, insbesondere „Ein Netz für Kinder – Surfen ohne Risiko?“, „Handy ohne Risiko?“, „Geflimmer im Zimmer“, „Chatten ohne Risiko“ und „Spiel- und Lernsoftware – pädagogisch beurteilt“.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

Um auch älteren Menschen den Zugang zur elektronischen Kommunikation zu erleichtern, hat die Bundesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen unterstützt. Auch wenn hier die Zuständigkeit grundsätzlich bei Ländern und Kommunen liegt, hat das BMFSFJ mit dem gemeinsamen Ziel, die Teilhabe der älteren Generation an den neuen Kommunikationsmöglichkeiten zu stützen, erfolgreich mit Verbänden, Seniorenorganisationen, Bildungseinrichtungen und Unternehmen zusammengearbeitet. Auch künftig strebt das BMFSFJ an, die besonderen Ressourcen derartiger Kooperationen zu nutzen und auszubauen. Zahlreiche Projekte zur Förderung der Internetnutzung durch ältere Menschen sind in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage vom 13. Oktober 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10540) enthalten:

„Onlinejahr 50plus – Internet verbindet“

Die im Rahmen dieses Programms bundesweit angebotenen Internetkurse speziell für ältere Menschen liefen sehr erfolgreich von 2006 bis Ende des Jahres 2008. Die Initiativen der Bundesregierung haben Nachahmung in zahlreichen regionalen Projekten gefunden.

„Wirtschaftskraft Alter“

Das Programm gibt Anstöße für Wirtschaftsunternehmen, den bedeutenden Markt speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnittener Produkte zu entdecken und zu nutzen. Hierzu gehören u. a. auch benutzerfreundliche PCs und entsprechende Softwareprodukte.

„Rate mal, wer dran ist?“

Der Ratgeber gibt Tipps, wie sich gerade ältere Menschen vor Internetdelikten schützen können und trägt damit dem gerade bei älteren Nutzerinnen und Nutzern bestehenden Sicherheitsbedürfnis Rechnung. Internetdelikte sind zwar nach einer Studie des BMFSFJ meist noch nicht auf ältere Menschen ausgerichtet. Da immer mehr Seniorinnen und Senioren das Internet nutzen, sind sie dennoch zunehmend von Betrugversuchen betroffen. Die vom BMFSFJ finanzierte Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) hat ergänzend eine Checkliste erarbeitet, die Älteren dabei helfen soll, sich sicher im Netz zu bewegen.

Maßnahmen aus dem Bereich des BMELV

Das BBMELV fördert verschiedene Projekte, die dazu beitragen sollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher besser informiert und aufgeklärt sind und sich deshalb sicherer im Internet bewegen können:

„Verbraucherrechte in der digitalen Welt“

Das Projekt „Verbraucherrechte in der digitalen Welt“ (Projektträger Verbraucherzentrale Bundesverband, 2008 bis 2010) soll zur besseren Durchsetzung der Rechte der Verbraucher in der digitalen Welt beitragen, indem es einerseits Rechtsmissbrauch bei den einzelnen Angeboten im Internet aufspürt und rechtliche Maßnahmen dagegen einleitet und andererseits durch die gezielte Auf-

klärung Verbraucher besser über ihre Rechte informiert und sie damit in ihrer Medienkompetenz stärkt. Über die projektbezogene Internetseite [www.surferhaben-rechte.de](http://www.surferhaben-rechte.de) werden den Verbrauchern umfangreiche Informationen einschließlich Musterschreiben und Checklisten zur Verfügung gestellt. Über die Kontaktstelle „Schwarzes Schaf melden“ können die Verbraucherinnen und Verbraucher Fehlverhalten von Anbietern melden.

#### „Verbraucher sicher Online“

Bereitstellen eines umfassenden Informationsportals [www.verbraucher-sicher-online.de](http://www.verbraucher-sicher-online.de) (Projektträger TU Berlin, 2008 bis 2011) zu verbraucherrelevanten Themen mit verständlichen Informationen zur sicheren Internetnutzung und Integrität informationstechnischer Systeme einschließlich des Datenschutzes im Internet. Dabei werden vor allem sicherheitstechnische und andere praktische Informationen einfach und für den Laien verständlich aufgearbeitet. Weitere Themen sind der barrierefreie Zugang zu digitalen Informationen und die Interoperabilität von Hard- und Software.

#### „Jugendkampagne zur Sensibilisierung im Umgang mit persönlichen Daten im Internet“

Durchführung der Kampagne [www.watchyourweb.de](http://www.watchyourweb.de) zur Sensibilisierung von Jugendlichen im Umgang mit persönlichen Daten im Internet innerhalb des BMFSFJ-Projekts „Jugend online“, das bereits seit 2006 läuft. Junge Menschen sollen über die Gefahren der Preisgabe von persönlichen Daten im Internet aufgeklärt und dafür sensibilisiert werden, sorgsam und kritisch mit ihren eigenen und den Daten anderer umzugehen. Die Bedeutung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung soll ihnen vermittelt und ihre Medienkompetenz gestärkt werden. Die Zielgruppe sind insbesondere die jugendlichen Nutzer sozialer Netzwerke im Internet.

#### „Wegweiser durch die digitale Welt für ältere Bürgerinnen und Bürger“

Vor allem durch das Heranführen an die Internetnutzung und die Kommunikation durch E-Mails sollen Seniorinnen und Senioren stärker in die neuen Kommunikationswege eingebunden und ihre Teilhabe an wesentlichen Inhalten, die über das Internet transportiert werden, gesichert werden. Der Wegweiser durch die digitale Welt für ältere Bürgerinnen und Bürger wurde durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen erstellt und mittlerweile in vierter Auflage vor. Im Herbst 2009 ist wiederum mit Förderung des BMELV die Hörversion für sehbehinderte und blinde Menschen erschienen. Die dritte und vierte Auflage wurde mit der Unterstützung anderer Sponsoren nachgedruckt.

21. Welche Erkenntnisse und Zahlen hat die Bundesregierung über die quantitative und qualitative (bundesweite) Ausstattung der Schulen mit zeitgemäßen Computern und mit entsprechenden Internetzugängen (bitte aufschlüsseln nach Ländern und Schulformen)?
22. Gibt es in Bezug auf den Grad der Ausstattung Unterschiede zwischen den Schulformen, und wenn ja, wie sind diese begründet?

Die Fragen 21 und 22 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine aktuellen Erkenntnisse und Zahlen vor. Aufgrund der veränderten Zuständigkeitsregelungen durch die Föderalismusreform wird derartige Datenmaterial seit 2007 nicht mehr von Seiten des BMBF erhoben.



Die letzte bundesweite Studie zur Mediennutzung und eLearning in Schulen liegt vor in Form des Arbeitsberichtes Nr. 122 des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag – TAB – ([www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab122.pdf](http://www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab122.pdf)) vom Dezember 2007.

23. Inwieweit sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, die Verbesserung von Medienkompetenz auch in außerschulischen Einrichtungen (Jugendzentren etc.) zu fördern?

Mit dem Projekt „Jugend Online“ fördert das BMFSFJ die Verbesserung von Medienkompetenz auch in außerschulischen Einrichtungen: Anbieten und Erproben Medienkompetenz bildender Module für die Arbeit mit Jugendlichen insbesondere in Jugendeinrichtungen, Mitorganisation von multimedialen bundesweiten Wettbewerben, Aufbau und Unterhaltung sogenannter Partnerportale mit Web-2.0-Features, Aufbau von Kooperationsnetzwerken in der medialen Jugendbildung unter Einbeziehung aller Akteure (u. a. Jugendmedienschutz, Verbraucherschutz, Internetindustrie, Spielwirtschaft, Provider sozialer Netzwerke, Verbände und Institutionen). Die Organisation und Durchführung eines Jugend-Barcamps erprobten neue Beteiligungsformate für junge Menschen und verbanden das Internet mit Präsenzveranstaltungen in partizipativer Weise. Siehe hierzu auch Antwort zu Frage 10.

Eine weitere Möglichkeit sieht das BMFSFJ in der Förderung von Zeitschriften und Handreichungen von Jugendverbänden, die auf Bundesebene für die Landes- und Ortsverbände entwickelt werden und das Thema Medienkompetenz aufgreifen. Weitere Maßnahmen werden insbesondere im Rahmen des Dialog Internet des BMFSFJ geprüft.

24. Inwieweit sollte nach Auffassung der Bundesregierung die Vermittlung von Medienkompetenz auch in der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen eine Rolle spielen?

Nach Auffassung der Bundesregierung könnte die Vermittlung von Medienbildung/Medienkompetenz auch in der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sinnvoll und notwendig sein.

Mit soliden Grundkenntnissen rund um den Computer und das Internet sowie anschaulichen Beispielen aus der Praxis könnten Beschäftigte im sozialpädagogischem Bereich medienpädagogische Basiskompetenzen erhalten und sich Kompetenzen aneignen, das Internet zur eigenen Weiterbildung zu nutzen. Ein medienkompetentes Handeln erfordert fundierte Kenntnisse über technische Grundlagen, Bedingungen der medialen Produktion und Verbreitung, ein Bewusstsein über die rechtliche, ökonomische, politische und ethische Dimension der medialen Gestaltung der Lebens- und Arbeitswelt von Menschen. Dies ist gerade auch bei pädagogischen Angeboten für Jugendliche, Heranwachsende mit Migrationshintergrund und Menschen aus benachteiligten Sozialmilieus im Hinblick auf entsprechende Unterstützungsangebote von großer Bedeutung.

25. Inwieweit sollte nach Auffassung der Bundesregierung die Vermittlung von Medienkompetenz auch in der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern eine Rolle spielen?

Die Qualität der Bildung, Erziehung und Betreuung in den ersten Lebensjahren hängt in hohem Maße von der Kompetenz des Personals in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege ab. Daher hat das BMBF eine Initiative

zur Medienqualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern bereits im November 2008 auf den Weg gebracht. Mit der Medienqualifizierung soll das pädagogische Fachpersonal im frühkindlichen Bereich an die digitalen Medien und den „Lernort Netz“ praxisnah herangeführt werden. Mit soliden Basiskenntnissen rund um den Computer und das Internet sowie anschaulichen Beispielen aus der Praxis entwickeln die Erzieher und Erzieherinnen medienpädagogische Basiskompetenzen und lernen, das Internet zur eigenen Weiterbildung zu nutzen. Bundesweit werden bis Mitte 2011 rund 30 000 Erzieherinnen und Erzieher mit Multiplikatorenfunktion für die Arbeit mit digitalen Medien weitergebildet. Siehe hierzu auch Antwort zu Frage 10.

26. Welche Erkenntnisse und Zahlen liegen der Bundesregierung über die Nutzungsdauer von digitalen Medien bei Kindern und Jugendlichen vor (bitte nach Altersstufen aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung erhebt keine Daten über die Nutzungsdauer digitaler Medien bei Kindern und Jugendlichen. Die Bundesregierung beobachtet und berücksichtigt bei ihren Überlegungen jedoch regelmäßig die einschlägigen Studien. Danach hat sich das Medienverhalten von Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren zugunsten der Nutzung von Computer, Handy und Internet verändert. 56 Prozent der Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren nutzen den Computer inzwischen ein- bis mehrmals in der Woche, knapp 60 Prozent sind auch im Internet unterwegs. Für mehr als 40 Prozent dieser Altersgruppe gehört die wöchentliche Nutzung von Computerspielen zur Freizeitbeschäftigung. Mit zunehmendem Alter nimmt die Häufigkeit zu: Während lediglich 4 Prozent der Sechs- bis Siebenjährigen täglich Computerspiele nutzen, steigt die Quote bei den Zwölfjährigen bis 13-Jährigen bereits auf 22 Prozent (vgl. KIM-Studie 2008. Kinder + Medien, Computer + Internet, hrsg. vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest, Stuttgart 2009).

Die am häufigsten genutzten Medien bei Jugendlichen im Alter von 12 bis 19 Jahren sind Handy, Internet und Fernsehen. Während das Handy regelmäßig (täglich oder mehrmals wöchentlich) bei 91 Prozent der Altersgruppe Verwendung findet, hat das Internet inzwischen stark aufgeholt und liegt mit 90 Prozent inzwischen vor dem Fernsehen (88 Prozent) (vgl. JIM-Studie 2010. Jugend, Information, [Multi-]Media, hrsg. vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest, Stuttgart 2010).

Laut JIM 2010 liegt die Dauer der Internetnutzung bei den täglichen Nutzerinnen und Nutzern durchschnittlich bei 138 Minuten. Auch hier zeigt sich mit zunehmendem Alter eine längere Nutzung: Während die Zwölfjährigen bis 13-Jährigen 91 Minuten täglich im Internet verbringen, beträgt die Nutzungsdauer der 18- bis 19-Jährigen pro Tag bereits 172 Minuten. 35 Prozent der Zwölfjährigen bis 19-Jährigen nutzen mindestens mehrmals pro Woche alleine oder mit anderen digitale Spiele. Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Computer-, Konsolen- oder Onlinespielen liegt laut JIM 2010 unter der Woche bei 80 Minuten. Auch hier ist die Verweildauer der Zwölfjährigen bis 13-Jährigen mit 69 Minuten niedriger als bei den älteren Jugendlichen.

27. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Onlinesucht bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Erwachsenen?

Die Bundesregierung beobachtet seit längerem die Problematik der Onlinesucht und der Medienabhängigkeit mit großer Aufmerksamkeit. Sowohl im Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung 2008 als auch im Drogen- und Suchtbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Drogen-

fragen vom Mai 2009 wird darauf verwiesen, dass die Nutzung elektronischer Medien mit problematischen gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen verbunden sein kann. Auch die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) hat im Juni 2009 einen Beschluss zum „Jugendmedienschutz/Abhängigkeitspotential von Computerspielen“ verabschiedet.

Aus einer vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) geförderten Studie zur pathologischen Internetnutzung (s. Antwort zu den Fragen 29 und 30) wurde deutlich, dass zwar das Ursache- und Wirkungsgefüge des pathologischen Internetgebrauchs noch weitgehend unerforscht ist; die in der Beratungs- und Behandlungspraxis zu beobachtenden Auswirkungen und Begleiterscheinungen exzessiver Mediennutzung aber durchaus den Symptomen anderer Suchterkrankungen wie der Alkohol- und der Spielsucht vergleichbar sind.

Die vom BMFSFJ geförderte Studie „Computerspielsucht“ der Autoren Prof. Michael Kunczik (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) und Dr. Astrid Zipfel (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) gibt den aktuellen Kenntnisstand zur Computerspielsucht wieder und kommt zu dem Schluss, dass das Phänomen einer Computerspielsucht existiert, aber deutlich von einem intensiven Computerspielkonsum unterschieden werden muss und in der Häufigkeit seines Vorkommens nicht überschätzt werden sollte. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der interdisziplinären Befundlage seit 2004. Der Bericht steht auf der Homepage des BMFSFJ zum Download bereit. Des weiteren untersucht eine im Oktober 2010 begonnene Studie der Universität Hamburg, Prof. Dr. Rudolf Kammerl, die Zusammenhänge zwischen exzessiver Computer- und Internetnutzung und familialer Interaktion. Der Abschlussbericht wird für Anfang 2012 erwartet.

28. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Bekämpfung von Onlinesucht?

#### Maßnahmen im Bereich des BMG

Parallel zur Erarbeitung bzw. als Konsequenz aus der Studie zur pathologischen Internetnutzung (s. Antwort zu den Fragen 29 und 30) wurden durch das BMG weitere Projekte gefördert.

Dazu zählen eine Recherche zu Beratungsangeboten für pathologische Glücksspieler im Internet, eine Erhebung zur Problematik exzessiver Medien-Nutzung bei Patienten in der stationären Suchtrehabilitation, ein Expertentreffen junger Internetnutzerinnen und -nutzer zur Prävention schädlicher Internetnutzung sowie verschiedene Fachkonferenzen – darunter die Jahrestagung der Beauftragten der Bundesregierung für Drogenfragen im Jahr 2009 –, die sich mit den unterschiedlichen Aspekten der Onlinesucht und Medienabhängigkeit befassen. Gefördert wird darüber hinaus eine Studie der Universität Lübeck, die bis Frühjahr 2011 eine gut fundierte Schätzung zum Anteil von Internetabhängigen innerhalb der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland erbringen soll. Zudem wurde im Oktober 2010 das auf zwei Jahre veranschlagte Modellprojekt „ESCapade – Familienorientierte Intervention bei Computersucht“ gestartet. Dabei handelt es sich um ein zielgruppenspezifisches und familienorientiertes Interventionsprogramm für Jugendliche mit problematischer Computernutzung, das an verschiedenen Standorten erprobt und angewendet werden soll. Zielgruppe sind Familien mit Kindern im Alter zwischen 13 und 18 Jahren; die Wirksamkeit des Programms wird wissenschaftlich evaluiert.

## Maßnahmen im Bereich des BMFSFJ

Mit dem Projekt „Neue Medien in der Erziehungsberatung“ soll ein Konzept für die Erziehungs- und Familienberatung entwickelt werden, das die Qualifizierung und Sensibilisierung von Fachkräften für das Thema neue Medien und mögliche Abhängigkeiten unterstützt. Denn insbesondere während der Beratung ist es wichtig, mögliche Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen und fachlich korrekt darauf reagieren zu können. Ergebnisse hierzu werden im Februar 2011 erwartet.

29. Liegt der Bundesregierung der auf Bundestagsdrucksache 17/1652 für Mitte 2010 angekündigte Abschlussbericht der Studie „Beratungs- und Behandlungsangebote zum pathologischen Internetgebrauch in Deutschland“ des Deutschen Zentrums für Suchtfragen im Kindes- und Jugendalter (DZSKJ) vor, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen leitet die Bundesregierung daraus ab?

Wenn nein, wann wird der Abschlussbericht voraussichtlich vorliegen?

30. Wann ist mit der Veröffentlichung des Abschlussberichtes der Studie „Beratungs- und Behandlungsangebote zum pathologischen Internetgebrauch in Deutschland“ zu rechnen?

Die Fragen 29 und 30 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Studie „Beratungs- und Behandlungsangebote zum pathologischen Internetgebrauch in Deutschland“ wurde vom BMG bereits 2008 in Auftrag gegeben. Dabei wurde zunächst im Rahmen eines systematischen Reviews der aktuelle Forschungsstand zum pathologischen Internetgebrauch zusammengefasst, kritisch untersucht sowie die wichtigsten anstehenden Forschungsaufgaben herausgearbeitet. Die Ergebnisse dieser Übersicht wurden im April 2009 als Zwischenbericht „Pathologischer Internetgebrauch – eine Übersicht zum Forschungsstand“ auf der Homepage der Beauftragten der Bundesregierung für Drogenfragen veröffentlicht. Als zweite Stufe wurde die Situation in den Beratungs- und Behandlungseinrichtungen in Deutschland analysiert, ein Überblick über die bestehenden „good practice“-Ansätze gegeben und der weitere Bedarf in der Praxis gesichtet. Der Abschlussbericht des DZSKJ lag wie angekündigt Mitte 2010 vor und kann seit dem 16. Juli 2010 auf der Homepage der Beauftragten der Bundesregierung für Drogenfragen heruntergeladen werden. Zu den konkreten Schlussfolgerungen aus dieser Studie zählen die in der Antwort zu Frage 28 aufgeführten, vom BMG geförderten Maßnahmen.

31. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich der Wirksamkeit von medienpädagogischen Projekten und Initiativen vor?

Die Kampagne „watch your web“, gefördert von BMELV und BMFSFJ, fand beachtliche Präsenz in den Medien und beeinflusste das Verhalten Jugendlicher nachweisbar und nachhaltig. So gaben bei einer von schülerVZ durchgeführten Umfrage mehr als ein Drittel der insgesamt 5,4 Millionen Zwölfjährigen bis 14-Jährigen Nutzerinnen und Nutzer an, dass ihnen „Webman“ als Protagonist der Kampagne „watch your web“ und die Kampagne selbst bekannt seien. Knapp die Hälfte der Befragten erklärte, ihr Verhalten in Bezug auf Privatsphäreinstellungen geändert zu haben und durch die Kampagne vorsichtiger in Bezug auf die Veröffentlichung privater Daten im Netz geworden zu sein. Die Kampagne wurde mit dem Internationalen Deutschen PR-Preis (PR = Public Relation) 2010 ausgezeichnet.

32. Welche Forschungsprojekte zum Themenkomplex Medienkompetenz werden von der Bundesregierung gefördert (bitte aufschlüsseln nach Fragestellung, Methode, Stichprobe/Sample, Förderhöhe, Laufzeit), und welche weiteren Forschungsprojekte sind geplant?
33. Inwieweit sieht die Bundesregierung im Hinblick auf das Thema Medienkompetenz weiteren Forschungsbedarf?

Die Fragen 32 und 33 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Modellierung, Beschreibung und Analyse der Medienkompetenz von Lehrkräften im Hinblick auf die Verbesserung der Qualität und Effektivität von Unterricht wurde als Gegenstand der Förderung in den Richtlinien zum Schwerpunkt „Entwicklung von Professionalität des pädagogischen Personals in Bildungseinrichtungen“ im Rahmenprogramm des BMBF zur Förderung der empirischen Bildungsforschung aufgenommen (s. Antwort zu den Fragen 17 und 18).

Bei der Weiterentwicklung des Förderschwerpunkts wird die Bundesregierung prüfen, inwieweit insbesondere eine weitere Stärkung der Forschung zur Erfassung und Förderung von Medienkompetenz des pädagogischen Personals erforderlich ist. Darüber hinaus werden Maßnahmen im Rahmen des Dialog Internet des BMFSFJ geprüft.

34. Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung – insbesondere nach der in der Evaluation des Jugendmedienschutzes durch das Hans-Bredow-Institut beschriebenen schwindenden elterlichen Kontrolle in einer komplexer werdenden Medienwelt – als notwendig an, um die Medienkompetenz der Eltern und die elterliche Medienerziehung zu stärken?
35. Wo sieht die Bundesregierung nach dieser Evaluierung des Jugendmedienschutzes durch das Hans-Bredow-Institut – zusätzlich zu den zwischenzeitlich bereits erfolgten Novellierungen – noch gesetzgeberischen Handlungsbedarf bzw. wo sieht sie Bedarf für andere Maßnahmen, um den Jugendmedienschutz weiter zu verbessern und die Medienkompetenz zu stärken?

Die Fragen 34 und 35 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aus Sicht der Bundesregierung ist die Verbesserung des Jugendmedienschutzes eine ständige Aufgabe. Dabei kann ein wirksamer Jugendmedienschutz nicht lediglich durch imperative staatliche Maßnahmen gewährleistet werden. Es bedarf einer engen Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit den gesellschaftlichen Akteuren. Die Bundesregierung setzt deshalb in diesen Bereichen auf das Modell der Selbstregulierung, soweit es den jeweiligen verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Effektivität des zu gewährleistenden Schutzes gerecht werden kann. Das setzt allerdings voraus, dass die gesellschaftlichen Akteure willens und in der Lage sind, hierfür die Verantwortung zu übernehmen. Für die Nutzer spielt in diesem Zusammenhang die Medienkompetenz eine entscheidende Rolle.

Die Evaluation des Jugendschutzgesetzes des Bundes und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) der Länder hat bestätigt, dass bei der Reform des Jugendschutzsystems im Jahre 2003 die richtigen Weichenstellungen vorgenommen worden sind. Die Einrichtungen, Instrumentarien und Organisationsstrukturen des Jugendmedienschutzes in Deutschland haben sich im Wesentlichen bewährt. Das Konzept der regulierten Selbstregulierung als Kernstück der Reform des Jugendmedienschutzes ist bestätigt worden (siehe zu diesen Aspekten ausführlich den Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung



2008, Abschnitt D Nr. IV.1). Die Evaluierung hat jedoch auch Handlungsbedarf erkennen lassen. Die Novellierung des Jugendschutzgesetzes 2008 ist eine Reaktion auf die Analyseergebnisse. Entsprechendes gilt für das aktuelle Vorhaben der Neugestaltung des für den Online-Bereich besonders bedeutenden JMStV durch den 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄStV).

Einen Beitrag, den novellierten JMStV mit Leben zu füllen, kann nicht zuletzt der vom BKM gemeinsam mit den Ländern geleitete Runde Tisch „Jugendschutzprogramme“ leisten. Dieser Kreis aus Vertretern von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft begleitet die Novellierung des JMStV seit Anfang 2009. Er kann künftig auch unterstützendes Forum für die Klärung von Fragen sein, die sich aus der Praxis der Umsetzung des JMStV im Bereich der Jugendschutzprogramme ergeben.

Im Übrigen haben die Länder eine Evaluierung der Bestimmungen des 14. RÄStV vorgesehen, die spätestens drei Jahre nach dessen Inkrafttreten stattfinden soll. Aus den Ergebnissen dieser Untersuchung kann sich weiterer Handlungsbedarf ergeben.

Als weitere wichtige Maßnahme zur Verbesserung des Jugendmedienschutzes und der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen ist die Fortführung der sehr erfolgreichen Initiative „Ein Netz für Kinder“ der Bundesregierung zu nennen, die zum einen mit Bundesmitteln finanzierte qualitativ hochwertige Angebote für Kinder fördert und zum anderen den von führenden Unternehmen der Multimediabranche finanzierten Surfraum „fragFINN“ anbietet, in dem Kinder gefahrlos surfen und den sinnvollen Einsatz von Suchmaschinen erlernen können. Hierzu wird auf die Beantwortung der Frage 10 verwiesen. Ferner hat sich ganz entscheidend auch die Förderung und Fortentwicklung der Kindersuchmaschine [www.blinde-kuh.de](http://www.blinde-kuh.de) bewährt, die sich ebenfalls als Startseite für das Internet eignet. Sie gewährleistet, dass Kinder nicht auf problematische Seiten im Internet stoßen, sondern kindgerechte Materialien zu eingegebenen Suchbegriffen finden (s. hierzu Antwort zu Frage 20).

